

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf die Monate November und Dezember für die einmal täglich erscheinende Pommersche Zeitung mit 67 Pf., für die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 1 Mk. 34 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an.
Die Redaktion.

Deutscher Reichstag.

5. Sitzung vom 30. Oktober.

Präsident v. Loebe eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Bötticher, Freiherr v. Maltzahn-Gülz, v. Verdy du Vernoy, v. Stepan, Konre-Admiral Hensner u. A.

Der Antrag des Abg. Letocha und Gen. auf Einstellung des beim Schöffengericht zu Essen gegen den Abg. Stögel schwebenden Strafverfahrens wird angenommen, und darauf die erste Beratung des Etats pro 1890/91, des Anleihegesetzes und der Novelle zum Reichs-Militärge-
setz fortgesetzt.

Abg. v. Wedell (Malschow (Konf.)): Nach dem Vortrage des Herrn Schatzsekretärs in der gestrigen Sitzung glaube ich auf eine Erörterung der Zahlen des Etats verzichten zu können, erklären muß ich aber, daß der Etat auch mich gewissermaßen überfordert hat. Was für die Marine in diesem Etat gefordert wird, sind zum großen Teile Konsequenzen früherer Bewilligungen und wird sich das Haus der Bewilligung dieser Forderungen nicht entziehen können. Jedermann weiß, daß zur Kriegsführung Geld, Geld und abermals Geld gebraucht wird. Die Militärverwaltung ist daher in ihrem Rechte, wenn sie bei Zeiten für die gezielte Ausrichtung des Heeres sorgt, und wir werden die Verantwortung nicht übernehmen, die notwendige Anweisung der deutschen Armee zu verhindern. Was den Bau der Schiffe anlangt, so wünschen wir auch ein etwas langsames Tempo und wir erwarten in der Budgetkommission die Begründung der von der Marineverwaltung aufgestellten Forderungen. Was notwendig ist, werden wir bewilligen, denn unser Grundgesetz ist, daß die Schlagfertigkeit des Heeres die denkbar beste sein muß. (Beifall.) Was die Zuteilung anlangt, welche Abg. Richter als Lohn und Sport auf der Aussicht, daß wir die Inselnprämie behalten müssen, so lange das Ausland die Zuteilung nie beibehält. Das Hauptverbot des Herrn Richter ist die Lebensmittelerhöhung durch die Getreidezölle. Den Beweis dafür ist er schuldig geblieben und seinen Behauptungen widerspricht auch der Umstand, daß die Sozialdemokraten immer noch im Stande sind, so erhebliche Summen für ihre Propaganda zu verwenden zu können. Die landwirtschaftlichen Zölle haben nur dafür gesorgt, daß die Landwirtschaft sich einigermaßen über Wasser halten konnte. Richter's Rede war nichts weiter als ein Wind nach links, besonders seine Bekämpfung des Sozialistengesetzes, ich will ihm wünschen, daß er damit Erfolg haben möge, fürchte aber, daß die Freisinnigen die Zeche werden bezahlen müssen. (Beifall.)

Abg. Bebel (Soz.): Die in Aussicht gestellten neuen Anleihen machen einen sehr ungünstigen Eindruck auf die Massen der Bevölkerung, denn die Bevölkerung denkt anders, als die Mitglieder der Rechten des Hauses, das werden die nächsten Wahlen beweisen. Es wird sich dabei zeigen, daß die Kriegsfürher, welche vor drei Jahren künstlich hervorgerufen wurde, völlig gewichen ist. Das Volk ist nicht kriegerisch, es will, daß die Regierung und die herrschenden Klassen, für welche die großen Kriegsausrichtungen eine große soziale Bedeutung haben. Tagtäglich werden neue Erfindungen an modernen Waffen gemacht und neuerdings wieder die pneumatische Kanone, deren Wirkung so furchtbar sein soll, daß ein Schuß im Stande ist, ein Kriegsschiff in Grund und Boden zu bohren. Geht man davon aus, daß je besser die Waffe, desto kürzer der Krieg ist, so bin ich doch der Ansicht, daß, wenn die Völker von Europa auf Befehl ihrer Fürsten wieder einmal gegen einander geführt werden, sämtliche Hospitalär Europa zur Aufnahme der Verwundeten nicht ausreichen werden. Mit den Worten, daß die französischen Rüstungen uns ebenfalls zwingen, vorwärts zu gehen, ist es nichts, denn die französische Armee ist noch um 1 Million Mann schwächer, als die unsere, und es werden noch 20 Jahre vergehen, ehe sie uns erreichen. Wodurch erhalten sich denn die fortwährenden Kriegsgesetze? Im Jahre 1870 bei dem Kriege mit Frankreich erließ der Kaiser von Preußen eine Deklaration, in welcher er sagte, er führe nur einen Krieg mit der französischen Armee, nicht mit dem französischen Volk, und daher war der Krieg mit der Gefangenahme Napoleons beendet und die Annexion von Elsaß-Lothringen unmöglich. (Widerpruch.) Diese Annexion ist die Ursache der fortwährenden Kriegsfürher und es wäre zu wünschen, daß endlich bezüglich dieser Lande ein Verhältnis hergestellt würde, welches Frankreich und Deutschland gestattete, in Freundschaft mit einander zu leben. Unser Erbfeind ist Rußland. In der Thronrede wird auf unsere Verbündeten hingewiesen. Nun, wenn wir solche Verbündeten haben, dann können wir doch wohl weniger mit unseren Rüstungen verfahren. — Was nun die Braunkohle anbelangt, so ist das eine schwere Last, welche der armen Bevölkerung auferlegt wird, und gleichzeitig werden aus dem Ertrage dieser Steuer dem reichen Manne vierzig Millionen in die Tasche gesteckt. Das ist ein Zustand, den man nicht für möglich halten sollte. Und ebenso ist es mit der Zuckersteuer. Die Theorie, welche Sie für die Getreidesteuer aufstellen, ist eine völlig falsche; daß diese Zölle eine Erhöhung der Getreidepreise mit sich führen, kann Niemand bestreiten und dem gegenüber darf man sich nicht wundern, wenn durch diese Zustände die Erbitterung gesteigert wird. Ueber das Sozialistengesetz werden wir uns ja in nächster Woche noch näher unterhalten. Die Sozialdemokraten Gesetzwidrigkeiten begangen haben, welche es rechtfertigen, das Ausnahmengesetz zu einem dauernden zu machen. Die

ganze Agitation der Agrarier und des Herrn Stöcker und Gen., was ist sie anders, als die Schürung der Unzufriedenheit? Wer solche Steuererhöhungen macht, wie wir sie haben, der ist es, der die Unzufriedenheit schürt und auf den ich eigentlich das Sozialistengesetz anzuwenden. (Widerpruch.) Die Sozialdemokraten wehren sich nur ihrer Haut. Es ist erstaunlich, was in Deutschland alles möglich ist, man ruft jetzt sogar nach Einschränkung der Koalitionsfreiheit. Sie sind mit den Sozialdemokraten bis jetzt nicht fertig geworden, Sie werden es in alle Ewigkeit nicht.

Kriegsminister v. Verdy: Der Vorredner hat behauptet, das Volk will keinen Krieg, er hat dies gegenübergestellt mit den Worten der Thronrede. Es ist gewiß im höchsten Grade erfreulich, daß sich die deutschen Fürsten in dieser Frage eins wissen mit ihrem Volke. Wenn der Vorredner behauptet, Frankreich habe eine Million Soldaten weniger, als wir, so weiß er mehr, als wir, wir haben andere Zahlen. Elsaß-Lothringen wieder herauszugeben, wird er uns nicht zumuthen. Rußland unsern Erbfeind zu nennen, muß ich zurückweisen. Mit der Redner klund, sieht er nicht die Bestrebungen unseres geliebten Herrschers, den Frieden zu erhalten? Wir müssen die Lasten tragen, um diese Bestrebungen zu unterstützen. (Beifall bei Verdy.)

Abg. v. Bennigsen (Nat.-Lib.): Unsere Rüstungen sind uns aufzuerlegen durch die Vorgänge in andern Militärstaaten, aber unsere Kräfte sind noch nicht so angepaßt und so erschöpft, wie in andern Ländern, und wenn wir die Lasten noch einige Zeit forttragen müssen, so haben wir das Bewußtsein, daß der Frieden so lange als möglich erhalten wird und daß wir den Krieg, wenn er uns aufzuerlegen wird, auch siegreich durchführen werden. Was soll man nun zu den Ausführungen des Herrn Bebel über die bürgerliche Ordnung sagen? Wie will er das, was seine Freunde und er erstreben, rechtfertigen? Wie will er das durchsetzen, was er und seine Freunde auf ihr Baugerüst geschrieben haben? Wie will er bestreiten, daß bei dem, was sie erstreben, auch nicht ein Stein der jetzigen Staatensordnung auf dem andern bleibt? Gerade er hat bewiesen, daß die Sozialdemokraten im vollsten Sinne des Wortes sind. Was nun den vorliegenden Etat anlangt, so ist derselbe, namentlich der Marine-Stat, angeblich auf den Grundrissen, welche durch die Beihilfe des Reichstages im vorigen Jahre festgestellt sind. Wir wollten allerdings keine Offensiv-Flotte, wohl aber eine Flotte, welche im Stande ist, unsere Handelschiffe in fernem Meeren zu schützen. Allerdings wird es notwendig sein, die einzelnen Summen in der Budgetkommission sehr eingehend zu prüfen, namentlich die Frage, ob es notwendig ist, mit dem Bau der Schiffe so schnell vorwärts zu gehen. Auch verhält es sich mit dem Militärstat. Die übrigen Etats anlangend, so muß ich es ebenfalls für sehr bedenklich bezeichnen, daß wir eine Schuldenlast von 1 1/2 Milliarden und nicht die Spur eines Tilgungsfonds haben. Bezüglich der Ueberweisungen an die Einzelstaaten trete ich den Bedenken des Herrn Richter bei; diese Ueberweisungen beruhen aber auf der sog. Frankfurter Fiktion und die Verwendung in Preußen auf der lex Hüne. Die größte Schwierigkeit besteht eben darin, das richtige Verhältnis in den Beziehungen des Reiches zu den Einzelstaaten herbeizuführen und da bin ich der Ansicht, daß der gegenwärtige Zustand auf die Dauer nicht fortbestehen kann, ich meine damit das Fehlen eines verantwortlichen Reichs-Finanz-Ministers. Der gegenwärtige Leiter der Reichsfinanzen ist nicht im Stande, demjenigen gerecht zu werden, was von ihm als dem Chef einer so großen Finanz-Verwaltung verlangt wird. Derselbe müßte mit seiner Verantwortlichkeit so hoch stehen, wie kein anderer Finanzminister in Deutschland, den preussischen nicht ausgenommen, und es muß sein Einfluß auf die andere Verwaltung wesentlich vergrößert werden. Ich verneine dabei nicht die Schwierigkeiten, die sich einer solchen Veranordnung entgegenstellen. Wenn der Abg. Richter gestern die Höhe der Zölle angegriffen hat, so mache ich ihn darauf aufmerksam, daß in etwa 1 1/2 Jahren der größte Teil der Handelsverträge abläuft und daß es sich alsdann fragen wird, ob wir gewonnen sind, das jetzige System beizubehalten oder ob wir wieder einzulernen haben in das System gemeinschaftlicher europäischer Handelsverträge. Dem gegenüber ist man jetzt völlig außer Stande, das jetzige System zu ändern. Uebrigens kann man nicht behaupten, daß bezüglich der Getreidepreise gegenwärtig ein Nothstand vorhanden sei. Die Zuteilung können wir nicht eher befehlen, ehe sie nicht von den andern Staaten aufgegeben sind, und die von Richter befürwortete Reichs-Einkommensteuer setzt eine vollständige Ueberänderung der Steuerysteme der Einzelstaaten voraus. Der Reichstag kann aber unmöglich auf die direkte Steuer allein angewiesen werden. Auch die Stadt Berlin, deren Verwaltung als eine außerordentlich bezeichnend werden kann, und in welcher die Freunde des Herrn Richter die Majorität haben, erhebt bedeutende indirekte Steuern, namentlich auch von notwendigen Lebensbedürfnissen, wie von Bier, vom Wasser, Gas und namentlich von der Viehe. (Hört! Hört!) Sie ist also nicht im Stande, ihre Bedürfnisse allein durch direkte Steuern zu befriedigen. Was nun die gestrigen Ausführungen des Herrn Richter über die politische Reaktion anbelangt, so bedauere ich, deraartige Schilderungen und Ueberreibungen von einem alten Parteigenossen von mir gehört zu haben. Die Deutschen im Inlande und im Auslande fühlen sich sehr wohl, sie sind stolz darauf, Deutsche zu sein. (Widerpruch. Auf: Wer denn?) Solche einseitige Behauptungen eines angehenden Mitgliedes der freisinnigen Partei beweisen nur, daß diese Partei verblüdet und enttäuscht ist in ihren Hoffnungen. (Beifall.)

Abg. Dr. Windthorst (Zentrum): Die Kartellverträge haben allerdings Veranlassung, sich in deutschen Reiche wohl zu fühlen, denn sie sind gewissermaßen der Hammer, aber die großen breiten Schichten des Volkes fühlen sich sehr unbehaglich. In England und Amerika sieht es in dieser Beziehung besser, als bei uns. Wir Alle sind stolz auf unser schönes Vaterland, aber nicht auf die inneren Freiheiten desselben. Als das Septennat verlangt wurde, haben wir Alles bewilligt, was verlangt wurde, in dem Glauben, es werde nunmehr eine gewisse Ruhe eintreten. Dies war aber nicht der Fall. Diejenigen, welche

damals das Septennat nur auf drei Jahre bewilligen wollten, haben Recht behalten. (Widerpruch.) Zu den jetzigen Forderungen kann ich noch nichts sagen, ich hoffe, daß der Herr Kriegsminister in der Kommission uns die Nothwendigkeit derselben näher darlegen wird. Auch hinsichtlich der Forderungen der Marine-Verwaltung empfiehlt sich die strengste Prüfung in der Kommission, denn auch ich bin der festeren Ansicht, daß die Marine ihren defensiven Charakter behalten muß. In der Kolonial-Politik haben wir fortwährend herum experimentirt und nichts weiter, als Schindeln. Ich werde bei Beratung unseres Antrages bezüglich der Missionen näher darauf zurückkommen. Was die Steuerpolitik anlangt, so glaube ich, daß wir wohl so ziemlich bei der letzten indirekten Steuer angekommen sind und so direkten Steuern übergeben müssen. Herr von Bennigsen hat die Forderung eines verantwortlichen Reichs-Finanzministers angeregt. Ich habe bisher gedacht, wir haben einen verantwortlichen Finanzminister in dem Reichskanzler und ich möchte das Gesicht des Herrn Reichskanzlers sehen, wenn er die Rede des Herrn von Bennigsen liest. (Widerpruch.) Die Frage wegen Einrichtung verantwortlicher Reichs-Ministerien kann wohl angeregt werden, nicht aber die Frage wegen Ernennung eines Finanzministers neben dem Reichskanzler. Ich lasse diese Frage aber ruhen und werde abwarten, welche Folgen diese Anregung hat, und sollte der Reichskanzler dahinter stehen, so werden wir mit aller Kraft dagegen opponiren, wozu wir bei den Wahlen volle Gelegenheit haben werden. Die Budget-Kommission hat diesmal eine sehr schwere Aufgabe, denn die Lasten, die auf uns liegen, sind sehr schwer, das Volk verarmt (Sehr wahr! im Zentrum) und verlangt Erleichterung und keine weitere Belastung. (Beifall im Zentrum.)

Abg. von Kardorff (Reichsp.): Die Frage wegen Bewilligung des Septennats lag doch anders als der Vorredner annimmt, denn jede Abschaffung des Septennats würde im Auslande ungünstig für uns gewirkt haben. Ich nehme an, daß die Militärverwaltung für ihre gegenwärtigen Forderungen sehr wichtige Gründe haben muß, welche einer sehr eingehenden Betrachtung in der Kommission bedürfen. Dem Marineetat gegenüber haben wir völlig freie Hand, wir sind durchaus nicht gebunden, aber der Kaiser kann von uns verlangen, daß er wenigstens eine Marine hat, welche denjenigen anderer Nationen gleichsteht. England hat großen Kolonialbesitz und ich wünsche für uns einen gleiches Beis. Was die Anleihe anlangt, so wird die Kommission auch zu erwägen haben, zu welchem Zinsfuß sie auszugeben werden soll, denn der geringere Zinsfuß vermindert die Last. — Richter hat das Schweinefleischverbot angefochten, ich bedaure, daß dasselbe zu spät erlassen ist. Würde er die Verhältnisse, die dabei in Betracht kommen, kennen, so würde er diese Maßregel anders beurtheilen, als er es gethan. Ich bin kein Anhänger der landwirtschaftlichen Zölle, aber so lange kein anderes Mittel anzuwenden ist, den Rückgang der Landwirtschaft zu verhindern, so lange müssen wir die Zölle behalten. Was Richter's Bemerkungen über die Presse anbelangt, so verweise ich darauf, daß die französische Presse jünger ist als unsere. Die Vorgänge in Rußland würden einen ernsthaften Charakter haben, wenn es sich um ein großes mächtiges Land dabei handelte. Was die Sozialisten fordern: freie Presse, allgemeine Wehrpflicht, allgemeine Wahlen, das haben wir, und ich glaube, sie werden mit ihren Agitationen wenig Glück bei den Wahlen haben. (Auf bei den Sozialisten: Auhawen!) Richter's Schmerz ist, daß der Kaiser immer geliebt hat, wir trennen uns darüber und wünschen von ganzem Herzen, daß der Kaiser nie in die Lage kommen wird, Herrn Richter an seiner Seite zu haben. (Beifall.)

Darauf verlasst sich das Haus.
Persönlich bemerkt Abg. Richter, daß der Abg. v. Bennigsen eine Karikatur seiner (Richter's) Rede kritisiert habe, nicht aber die Rede, welche er gehalten.
Abg. v. Bennigsen bemerkt sich für die richtige Auffassung der Rede Richter's auf den stenographischen Bericht.
Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr (Fortsetzung der Etatsberatung).

Deutschland.

Berlin, 30. Oktober. Der heftigste Verein für wirtschaftliche Interessen hat, wie uns mitgeteilt wird, in seiner letzten Generalversammlung nach eingehender Debatte, an welcher sich namentlich die anwesenden Parlamentarier eifrig betheiligten und Herr Reichstagsabgeordneter von Reichenbach das Referat übernommen hatte, einstimmig beschlossen, den Herrn Reichskanzler namens des Vereins zu ersuchen:
„gelegentlich der Erörterung der Frage, ob das Reich zum 1. Januar 1891 von der ihm nach § 41 des Bankgesetzes vom 14. März 1875 zu b. verliehenen Befugniß Gebrauch machen soll, in Erwägung zu ziehen, in wie weit der Kredit der Reichsbank den Bedürfnissen der Landwirtschaft und des kleineren Gewerbebetriebes in unangemessener Weise, als dies bisher der Fall gewesen, insbesondere auch durch Heranziehung von sachverständigen Personen als Beirath aus den Kreisen der Landwirtschaft und des kleineren Gewerbebetriebes dienlich zu machen ist.“
Diese Resolution ist durch den Vorsitzenden des Vereins, Herrn Oberamtmann Oldenberg in Wilhelmshofen im Kreise Hersfeld, dem Herrn Reichskanzler mit dem Hingutigen übermittelt worden, daß man sich unter dem erwähnten Beirath eine ähnliche Körperschaft gedacht habe, wie den Landeseisenbahnrath.
Der Unterstaatssekretär des auswärtigen Amtes, Graf Werth, ist wieder in Berlin eingetroffen und wird am 1. November die Leitung der Geschäfte des Amtes bis zur Rückkehr des Staatssekretärs Grafen Herbert v. Bismarck übernehmen.
Die Nachricht, daß der Reichskanzler Fürst v. Bismarck in den nächsten Tagen in Berlin eintreffen werde, wird uns als nicht zutreffend bezeichnet; im Gegentheil wird in Kreisen, welche an ehesten über die Reiseabsichten des Reichskanzlers unterrichtet sein können, angenommen, daß derselbe vor der Hand noch längere Zeit in Friedrichsruhe verbleiben, ebenfalls aber vor der Rückkehr des Kaisers nicht nach Berlin kommen werde.

Ueber den Verlauf der Zusammenkunft zwischen dem Fürsten Bismarck und den Abgeordneten des Sultan von Sansibar wird dem „Hamb. Korresp.“ mitgeteilt, daß Fürst Bismarck in seiner Unterredung mit den Gesandten von Sansibar auf das enge Zusammengehen Deutschlands mit England hingewiesen und ausdrücklich betont hat, die deutsche Stellung in Sansibar sei mehr eine kaufmännische als eine politische. — Der Reichskanzler hob ferner hervor, er lege Werth darauf, daß die Deutschen gute Beziehungen zum Sultan unterhielten, und daß solche Beziehungen auch für den Sultan petuniar vorteilhaft sein würden, da die Deutschen und der Sultan bei gegenseitigem Vertrauen gemeinsam gute Geschäfte machen könnten, die bei dem früher bestehenden Mißtrauen unmöglich gewesen wären. — Die Gesandten, die volles Verständnis für die Meinungsäußerungen des Fürsten Bismarck zu erkennen gaben, verließen Friedrichsruh mit dem wiederholten Ausdruck ihrer Dankbarkeit für die Aufnahme, die ihnen dort zu Theil geworden war.

Zum Empfang Sr. Majestät des Kaisers in Stambul schreibt „Neologos“:
Für die Kaiserin ist ein herrliches Diadem bestimmt, welches ein namhafter Levanthiner Juwelier in Damaskus gearbeitet hat. Graf Bismarck wird in Dolma Bagtsche im ersten Stockwerk wohnen, ebenso das Geheule. Dem Sohne des deutschen Reichskanzlers hat der Sultan eine besonders glänzende Auszeichnung zugesandt, über deren Einzelheiten Bestimmtes noch nicht verlautet. Die Tochter Baha Effendi, welcher demnächst als Gesandter nach Rom gehen soll, ist zum Eicerone der Kaiserin während ihres Harembesuches bestellt; ebenso wurde Fräulein Arin, die Tochter des Muschir Arin Pascha, für diesen Ehrendienst ausersiehen. Der Polizeidienst wird während des Besuchs vom Bezier direkt kontrollirt und durch die Gendarmerie entsprechend vervollständigt werden. Zwei prächtige Rakets zu je zehn Rudern, welche Abul Medschid bauen ließ, werden das Kaiserpaar aus London bringen. Die Rabinen sind ganz mit Spielgeld und Sammet ausgestattet. Die Rakets sind blau und weiß gefärbt und reich mit Gold verziert. Zwanzig Arbeiter in Gewändern aus weißer, goldgefärbter Seide werden Ruderdienste versehen. Die türkischen Panzerchiffe, welche der Kaiser durch die Darbanelen geleiten werden, liegen in Pera bereit. Wahrscheinlich wird der Sultan seine Gäste am Hafen begrüßen. Das Kaiserpaar wird am 6. November das Fest des Propheten, welches am 6. November gefeiert wird, besuchen. In den Straßen wird eifrig gearbeitet, um Alles zum Einzug vorzubereiten. Alte, unschöne Mienen werden durch reichgeschmückte Palladianer verdeckt.

Es befinden sich jetzt in Deutschland mehrere Offiziere der Wismann'schen Truppe, die Vizekonsuln Giese, Märker, Rab-dag und der Kapitän Holz auf Urlaub, so daß über vertheilte in den Berichten weniger zu Tage tretende Einzelheiten, die Wismann'sche Expedition betreffend, einiges Licht verbreitet wird. Was das Soldaten-Material der Schutztruppe anbelangt, so geht das einstimmige Urtheil dahin, daß die Zulassung des besten Soldaten, allerdings nicht nach deutschem Sinne, denn von Disziplin haben sie keine Spur — abgeben. Sie scheinen zwar schlecht, weil sie nach bekannter Negersitte nicht zielen, aber sind wilde Draufgänger und konträrren hierin sehr gegen die Sudanese, welche zwar besser diszipliniert sind, da die Engländer sich schon mit ihnen Wüthe gegeben haben, aber im Anfang weniger zur Offensivethose geeignet waren. Die Sudanese sind gute Schützen, zum Nachdienst außerordentlich geeignet, aber, da sie wohl vielfach feldschliches Blut haben, mehr passiv als aktiv. Leider werden ihre Vorzüge durch den Gang zum Trinken, dem auch ihre Weiber im hohen Grade ergeben sind, stark beeinträchtigt. Die Soma's haben sich gar nicht bewährt. Dagegen sind die Suahelis, welche als Askaris von den Beamten der deutsch-afrikanischen Gesellschaft gebildet worden sind, recht verwendbar und sind wegen ihrer Bekanntschaft mit den Verhältnissen ein sehr schätzenswerther, auch in jeder anderen Beziehung angesehener Bestandtheil der Schutztruppe, obwohl sie den Kaffern der Küstenbewohner ebenfalls ergeben sind und deshalb kurz gehalten werden müssen. Ueber die Gesundheits-Verhältnisse der einzelnen Stationen wird übereinstimmend mit früheren Meldungen berichtet, daß Dar-es-Salaam und Pangani ungesund, Bagamoyo und vor allem Tanga relativ gesund sind. Die Station Tanga liegt 60 Meter über dem Meer, wird während des größten Theiles des Jahres vom Malariafieber befallen und hat vor Allem keine Stümpfe in der Nähe, welche die anderen Stationen zu einem unangenehmen Aufenthalt machen, so daß Tanga als eine Art Sanatorium angesehen werden kann. Wir wollen hier bemerken, daß diese Frage eines Sanatoriums eine brennende wird, je mehr Truppen in Ostafrika zur Verwendung gelangen. Von den 70 Unteroffizieren des Wismann'schen Korps sind bekanntlich nach kurzem Aufenthalt in Ostafrika 10 am 4. Juni nach Europa zurückgeschickt worden. Der Rest hat sich soweit gut gehalten. Einige Offiziere wurden ebenfalls in Folge bestiger Fieberanfälle zurückgeschickt und mußten den weiten Weg nach Europa nehmen, weil sich ihnen kein geeigneter Ort zur Erholung in der Nähe Ostafrikas bot. Allerdings sind in Indien mehrere Sanatorien, aber es ist schwierig für deutsche Offiziere, welche mit englischer Sprache und englischen Sitten wenig vertraut sind, dort etwas Passendes zu finden. Es ist deshalb die Frage aufgeworfen, ob es sich nicht empfehlen würde, vielleicht auf Mauritius ein solches Sanatorium zu errichten. Dort findet sich eine genügende Höhenlage und vielleicht auch ein Unternehmer für diesen Zweck. Ausgeschlossen ist keineswegs, daß auch im Hinterland unserer ostafrikanischen Besitzungen sich noch günstige Höhenlagen zu diesem Zwecke vorfinden. Da aber der Kranke eines gewissen Komforts nicht entbehren kann, ist es vielleicht angebracht, an die Anlage eines Sanatoriums in einer mehr zivilisirten Gegend zu denken.

Bei seiner Anwesenheit in Berlin soll der Zar bekanntlich befrachtet haben, daß ihm General Drußschew, der Chef des russischen Generalstabes, eine Denkschrift des von der „Köln. Zeitung“ gekennzeichneten Inhaltes vorgelegt habe. Vielleicht geht es der neuesten Mittheilung dieses Blattes ebenso, wonach General Wamowski sich den ganzen erheblichen Militäretat für fünf Jahre habe voraus bewilligen lassen, obwohl der Finanzminister Wagnersgrabski dem durchaus abgeneigt sei.
Sollte sich die Sache indeß wirklich so verhalten, dann hätten wir es hier mit einem Vorgange von außerordentlicher Tragweite zu thun. Daß die volle hier in Betracht kommende Summe nicht zu Dispositionen verwendet werden kann und wird, leuchtet freilich ein. Der Kriegsminister will sich eben die Verwendung des Geldes im einzelnen frei halten und da steht jedem, daß es für ihn ungünstig leichter ist, den Anforderungen der Lage zu genügen, wenn er über den Bedarf eines halben Jahrzehnts verfügt, als wenn er in jedem Jahr mit dem Finanzminister besonders zu verhandeln genöthigt ist.
Ueberdies aber haben wir es, wie gesagt, nur mit dem sogenannten „erheblichen“ Etat zu thun, der in die Jahresrechnung kommt; die in Rußland sehr erheblichen außerordentlichen Aufwendungen stehen auf einem anderen Blatt; deshalb läßt sich über die Gesamtsumme, die General Wamowski in den nächsten 5 Jahren ausgeben wird, um das Reich in „Verteidigungs-zustand“ zu setzen, nichts Bestimmtes sagen. Wenn man den ordentlichen Etat, der als solcher übrigens nur theilweise auf dem Papier erscheint, weil ein nicht geringer Prozentsatz der Gesamt-kosten von den einzelnen Gouvernements mittelbar aufgebracht werden muß, aber mit 500 Millionen Mark jährlich annimmt, so schlägt man ihn sicher unter dem wirklichen Betrage an. Schon dies ergibt indeß etwa 2500 Millionen Mark. Fügt man dann die unbekannten außerordentlichen Zuschüsse hinzu, so geht man schließlich zu weit, wenn man die Gesamtsumme auf mindestens 3 Milliarden Rubel anschlägt, die natürlich nicht in Hunderttausendtheilen vorhanden sind, wohl aber im Wege des Kredits in jeder Zeit ausgenutzt werden können.
Es handelt sich bei diesen Maßnahmen selbstverständlich nur um die bereits erwähnte Nothwendigkeit, Rußland in „Verteidigungs-zustand“ zu setzen; etwas anderes kann nach den freilich vorhandenen, die man sich wiederholend wiederholen darf, gar nicht in Frage kommen. Man darf aber doch fragen, von wem Rußland denn eigentlich angegriffen zu werden fürchtet, daß es so außerordentliche Aufwendungen macht, Aufwendungen, die in ihrer Art beispiellos genannt werden müssen. Wagnersgrabski ist uns kein Fall bekannt, wo sich ein Kriegsminister seinen ganzen Bedarf für fünf Jahre voraus bewilligen lassen würde. Allerdings ist Rußland das einzige Land der Welt, wo das überhaupt denkbar ist.
Wie dem aber auch sein möge, zum Nachdenken geben uns diese Vorgänge im Osten nicht minder Anlaß als die im Westen, wo wir Zeuge sind, daß sich ein höchstentwickeltes Kultur-militärische Kräfte auslegt, die als „Friedens-macht“ sich nicht nur mächtig fühlen. Bei dem bloßen Schimmer des Krieges ist es aber freilich nicht bleiben dürfen. Dem Reichstage liegen militärische Forderungen vor, die sich im Vergleich zu dem, was unsere Nachbarn für nöthig halten, sehr bescheiden ansprechen, bei allem aber das Kopf-schütteln derer erregen, die das Heil allerwegen in der „Mitte“ finden. Bis zu einem gewissen Grad weißt man sich dementsprechend in der betheiligten Presse gegen die Mehrforderungen Stimmung gemacht, und selbst die Offiziers-schleichen sich dem an, wie aus einem Berliner Briefe der „Polit. Korresp.“ hervorgeht. Etwas Seltsames hat man vielleicht noch nicht erlebt.
Für uns sind diese Bedenken in dieser Frage nicht da. Wir mühen uns damit nicht, daß mehr Grund, auf der Hut zu sein, als wir mit dem Rücken an der Wand steht und nur nach einer Seite Front zu machen genöthigt ist. Daß es noch immer Leute giebt, darunter, wie man sieht, sogar sehr „national“ gefärbte, die das nicht begreifen wollen, spricht für eine phantastische Kurzsichtigkeit, wie sie sonst auf Erden nicht gefunden wird, und die uns furchtbar theuer zu stehen kommen kann, wenn sie „praktisch“ wird, d. h. wenn es gelingt, die bessere Einsicht derjenigen, die sich für die Vertheidigung des vaterländischen Bodens in erster Reihe zu sorgen bemühen sind.

Einfach nehmen wir das nicht an. Ein Wort der Mahnung aber ist bei allem am Ort (N. Fr. Ztg.).

Stettin, 28. Oktober. Nunmehr sind die sämtlichen Neubauten von Kriegsschiffen vergeben worden, für welche die Gelder in den Etat 1889-90 eingestellt sind. Die Aufnahme dürfte indeß 60 Millionen Mark noch übersteigen, da allein die Herstellung der vier Panzer-schiffe rund 38 Millionen Mark verschlingen wird. Es werden außer den vier Panzern noch erbaut die Panzerfregatte P und Q, der Kreuzer D, die Kreuzer-Korvette A, sowie zwei Torpedo-Divisionsboote. Von den vier Panzer-schiffen werden zwei auf dem „Vulkan“, eins auf der Kaiserlichen Werft zu Wilhelmshafen und das vierte auf der Germania-Werft zu Kiel erbaut; den Kreuzer D baut die Kaiserliche Werft in Kiel, der Panzerfregatte P und Q die Aktien-Gesellschaft „Werke“ und derjenige der Torpedoboote der Schichau'schen Werft in Elbing übertragen worden. Bei dem Bau der Kreuzer-Korvette A, welche gewissermaßen als Modellbau für die in den Jahren 1890-1895 zu erbauenden Schiffe I und P dienen soll, kommen ganz neue featuristische Aufzeichnungen zum Aussehen, welche namentlich zur Erreichung größerer Geschwindigkeit angenommen worden sind. In Folge dessen kostet die Korvette, für welche ursprünglich nur vier Millionen veranschlagt waren, jetzt sechs Millionen.

Wilhelmshafen, 29. Oktober. Unserem Kriegsschiffen stehen, falls der Reichstag die hierzu nöthigen Mittel bewilligt, in den nächsten Jahren bedeutende Erweiterungen und Neubauten bevor. Dringend notwendig ist zunächst ein zweites Geschützgerüst, da die bisherigen Räume zur Unterbringung der Geschütze, Revolverkanonen und Handwaffen nicht im mindesten ausreichen. Weiter fehlt es an einem Minenleger für den auf der hiesigen Kaiserlichen Werft im Bau begriffenen Minenbagger, der im Juni 1891 fertig sein wird. Dann bedürfen die Dockanlagen auf der Werft einer bedeutenden Erweiterung. Das Dicken der Torpedoboote

Stettin, 28. Oktober. Nunmehr sind die sämtlichen Neubauten von Kriegsschiffen vergeben worden, für welche die Gelder in den Etat 1889-90 eingestellt sind. Die Aufnahme dürfte indeß 60 Millionen Mark noch übersteigen, da allein die Herstellung der vier Panzer-schiffe rund 38 Millionen Mark verschlingen wird. Es werden außer den vier Panzern noch erbaut die Panzerfregatte P und Q, der Kreuzer D, die Kreuzer-Korvette A, sowie zwei Torpedo-Divisionsboote. Von den vier Panzer-schiffen werden zwei auf dem „Vulkan“, eins auf der Kaiserlichen Werft zu Wilhelmshafen und das vierte auf der Germania-Werft zu Kiel erbaut; den Kreuzer D baut die Kaiserliche Werft in Kiel, der Panzerfregatte P und Q die Aktien-Gesellschaft „Werke“ und derjenige der Torpedoboote der Schichau'schen Werft in Elbing übertragen worden. Bei dem Bau der Kreuzer-Korvette A, welche gewissermaßen als Modellbau für die in den Jahren 1890-1895 zu erbauenden Schiffe I und P dienen soll, kommen ganz neue featuristische Aufzeichnungen zum Aussehen, welche namentlich zur Erreichung größerer Geschwindigkeit angenommen worden sind. In Folge dessen kostet die Korvette, für welche ursprünglich nur vier Millionen veranschlagt waren, jetzt sechs Millionen.

Wilhelmshafen, 29. Oktober. Unserem Kriegsschiffen stehen, falls der Reichstag die hierzu nöthigen Mittel bewilligt, in den nächsten Jahren bedeutende Erweiterungen und Neubauten bevor. Dringend notwendig ist zunächst ein zweites Geschützgerüst, da die bisherigen Räume zur Unterbringung der Geschütze, Revolverkanonen und Handwaffen nicht im mindesten ausreichen. Weiter fehlt es an einem Minenleger für den auf der hiesigen Kaiserlichen Werft im Bau begriffenen Minenbagger, der im Juni 1891 fertig sein wird. Dann bedürfen die Dockanlagen auf der Werft einer bedeutenden Erweiterung. Das Dicken der Torpedoboote

ruht. Weshalb sie dann noch behalten? Tausend Mark sind eine hübsche Summe, die irgend ein Abenteurer und Schwindler nicht leicht schießen läßt, wenn er sie verdienen kann.

"Wer hat Ihnen von dem gestrigen Abend erzählt?"

"Ihr Neffe, der Herr Hauptmann v. Ogerin."

beifällig gesagt, ein sehr vortrefflicher und, soweit

die spiritistischen Wunder, so will ich dies Gefühl schonen. Aber gerade als Arzt muß ich andererseits von Ihnen fordern, daß Sie den aufregenden spiritistischen Experimenten fern bleiben. Wenn Sie das mir versprechen, will

„Würden Sie sich darüber freuen?“
 „Ich würde überglücklich sein!“
 Nun, daß er ein hohes Interesse für d

„Ja, Sie haben Recht, der Adel der Seele gilt mehr als der des Körpers.“
(Fortsetzung folgt.)

F. Gundlach
als öffentlicher Notar

noch so schlecht Schreibende — bei Gymnasial-Schön-
schreiblehrer **Jaskowski**, H. Domstr. 24, I.

Jul. Morgenstern,
 Lehrer der Handelswissenschaften in Magdeburg
 Jakobstraße Nr. 37.
 Man verlange Prospekte und Lehrbriefe Nr. 1 franco
 und gratis zur Durchsicht.

Polytechnische Gesellschaft.
 Freitag, den 1. November, Abends 8 Uhr,
 Herr Oberlehrer **Sauer:** Ueber das Sinar und
 seine Gewinnung.

Sterbefälle: Herr Carl Will (Zwinemünde).
Herr Ernst Peuß (Altesähre a. N.).

This image shows a blank, aged, cream-colored page, likely an endpaper or flyleaf of a book. The paper has a slightly textured appearance with some minor creases and discoloration, characteristic of old paper. The left edge of the page is bound, and the overall tone is a warm, off-white or light beige.
